

## Herbsttagung des Politischen Clubs

### Sprengt oder einigt der EURO Europa?

---

Viele Mitbürger fragen sich, warum der Euro als europäische Gemeinschaftswährung überhaupt eingeführt wurde und ob die mittlerweile 12 Jahre alte Währung Europa einigt oder eher sprengt? Nutzt oder schadet sie Deutschland? Muss Deutschland jetzt mit weit über 100 Milliarden Euro für die Schuldenwirtschaft Griechenlands oder für marode irische Banken haften?

**Auf der von Bundesminister a.D. Hans Eichel geleiteten Herbsttagung des Politischen Clubs erörterten Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperten, ob der Euro eine stabilisierende Kraft in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise besitzt oder ob er die Krise gar verschärft. Welche Reformen wären nötig, um den Euro stark zu machen und die Eurozone zusammen zu halten?**

**Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus den Vorträgen von Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, und von Bundesaußenminister und Vizekanzler a.D. Hans-Dietrich Genscher:**

*Jean-Claude Trichet*  
-----

#### **Überlegungen zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**

Die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft befinden sich an einem entscheidenden Punkt. Im Rahmen der G-20-Sitzungen der Minister und Zentralbankpräsidenten vor wenigen Wochen und beim G-20-Gipfel in Seoul wurden bedeutende Gespräche über die Interaktionen zwischen den großen Volkswirtschaften der Welt geführt. In Europa findet gegenwärtig eine besonders wichtige Debatte über das Rahmenwerk für die Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion statt. Sowohl die G-20-Gespräche als auch die Debatte zeigen, wie bedeutend die Ausgestaltung von angemessenen Maßnahmen in diesen schwierigen Zeiten ist.

#### **Die Herausforderungen für die Wirtschafts- und Währungsunion**

Seit mehreren Jahren steht die Haushaltspolitik in vielen Ländern nicht im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der Pakt fordert einen über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichenen Haushalt und gibt ein maximales Haushaltsdefizit von 3 % sowie einen Schuldenstand von unter 60 % vor. Als vor einigen Jahren klar wurde, dass die Haushaltspolitik nicht in der Lage sein würde, die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu erfüllen, wurde nicht etwa eine Änderung der Haushaltspolitik, sondern eine Anpassung des Pakts vorgenommen.

2004 und 2005 versuchten mehrere Staats- und Regierungschefs aktiv, den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen. Deutschland gehörte zu den Ländern, die bei diesen Bemühungen federführend waren. Unterstützung erhielt es von Frankreich und anderen Staaten. Damals entbrannte ein heftiger Streit, und die EZB äußerte ihre erheblichen Bedenken öffentlich.

Der zweite Bereich, in dem es zu Fehlentwicklungen kam, war die Wirtschaftspolitik. In einer Währungsunion muss bei der Preis- und Kostenentwicklung der einzelnen Länder berücksichtigt werden, dass es sich um eine Union der Geldwertstabilität handelt. Ist also die Preis- und Kostenentwicklung in einem Land beträchtlich höher als im Durchschnitt der Union, so führt dies mit der Zeit zu deutlichen Wettbewerbsverlusten, die nur unter großen Anstrengungen wieder aufgeholt werden können.

Ebenso müssen Haushalts- und Strukturmaßnahmen sicherstellen, dass die Inlandsnachfrage und das Kreditwachstum im Einklang mit den Raten für nachhaltiges Wachstum und Preisstabilität stehen. Andernfalls sind wirtschaftliche Hausse- und Baissephasen die zwingende Folge.

In beiden Bereichen, sowohl was die haushaltspolitischen als auch was die makroökonomischen Maßnahmen betrifft, überwachen sich die Euro-Länder gegenseitig; unterstützt werden sie hierbei vor allem von der Europäischen Kommission. Die Eurogruppe sowie die ECOFIN-Treffen der Finanzminister sind die Foren hierfür. Selbstverständlich setzt eine effektive Überwachung voraus, dass die Mitglieder sich an das entsprechende Rahmenwerk halten. Des Weiteren bedarf es eines gewissen Gruppendrucks, Konsequenzen bei Verstößen gegen das Rahmenwerk und verlässlicher Statistiken.

In den eben genannten Bereichen traten die größten Unzulänglichkeiten zutage. Die Durchführung der Finanzpolitik entsprach häufig nicht den Vorgaben des Pakts, die makroökonomischen Maßnahmen waren zu locker und der Gruppendruck zu schwach. Diese Probleme waren schon eine ganze Weile vor der Finanzkrise zu erkennen, aber natürlich wurden sie durch die Krise verschlimmert, und zwar massiv.

### **Die Finanzkrise: Ursprünge, Entwicklung und politische Maßnahmen**

Als Lehman Brothers am 15. September 2008 Insolvenz beantragte, wurden die Turbulenzen, die ein Jahr zuvor ausgebrochen waren, zu einer wahren Lawine. Herrscht Panik an den Finanzmärkten, so entledigen sich Banken riskanter und illiquider Anlagen, und die Nachfrage nach Liquidität steigt stark an. Dabei schränken die Banken ihre Intermediationsaktivitäten ein, und es werden weniger Kredite an Unternehmen vergeben. Lässt man diesen Prozess ungeordnet ablaufen, kann dies schwerwiegende Folgen für die Kreditnehmer und die Wirtschaft insgesamt haben.

Als der Zusammenbruch von Lehman Brothers die akute Phase der Krise herbeiführte, handelte die EZB wieder entschlossen und ergriff mehrere Maßnahmen, um einen Schutz vor einer ungeordneten Korrektur der Kreditgewährungs- und Liquiditätsbedingungen im Euroraum zu bieten. Wir versetzten die Banken in die Lage, ihrer zentralen Rolle bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Realwirtschaft auch weiterhin gerecht zu werden. Die Befürchtungen, dass es zu einer Kreditklemme kommen würde, haben sich nicht bewahrheitet. Gleichzeitig konnten wir damit beginnen, einige dieser Maßnahmen auslaufen zu lassen und das Volumen sowie die Dauer der Liquiditätsbereitstellung zu verringern bzw. zu verkürzen.

Vor einigen Monaten, im Mai 2010, beschloss die EZB erneut, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Und zwar aus ähnlichen Gründen wie zuvor: Im Markt wurden vermehrt Bedenken über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen laut, was zu einer Lähmung des

Sekundärmarkts für Staatstitel führte. Wieder einmal war die private Finanzintermeditation in Gefahr.

Aus diesem Grund mussten wir weitere Sondermaßnahmen ergreifen, darunter auch Interventionen an den Anleihemärkten. Alle unsere Sondermaßnahmen tragen dazu bei, wieder einen normaleren geldpolitischen Transmissionsmechanismus herzustellen. Dieser ist zur Erfüllung unseres vorrangigen Auftrags, der Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht, erforderlich. Die Sondermaßnahmen dürfen nicht mit einer „quantitativen Lockerung“ verwechselt werden, die darauf abzielt, durch Ausweitung der monetären Basis eine Senkung der längerfristigen Zinssätze herbeizuführen. Sämtliche Ankäufe von Schuldverschreibungen, die das Eurosystem durchführt, werden durch liquiditätsabschöpfende Geschäfte wieder vollkommen neutralisiert. Zudem sind alle unsere Sondermaßnahmen zeitlich befristet.

Wir fordern alle Regierungen eindringlich auf, ihre Konsolidierungsanstrengungen deutlich zu verstärken. Zweifellos besteht die Notwendigkeit, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Regierungen zur Rückkehr zu tragfähigen öffentlichen Finanzen zu stärken und somit mittelfristig ein nachhaltiges Wachstum zu stützen. Hierfür ist es unabdingbar, dass die Länder glaubwürdige, mehrjährige Konsolidierungspläne verfolgen und die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen vollständig umsetzen. Etwaige positive Entwicklungen der öffentlichen Finanzen, die beispielsweise ein die Erwartungen übertreffendes wirtschaftliches Umfeld widerspiegeln, sollten für raschere Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

### **Die aktuelle Lage der europäischen Wirtschaft und die künftigen Herausforderungen**

Mit Blick auf die Zukunft sinkt durch unsere quantitative Definition von Preisstabilität und unsere mittelfristige Ausrichtung die Wahrscheinlichkeit von Deflations- oder Inflationsbefürchtungen erheblich. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen während der gesamten Krise sorgte dafür, dass wir den Zinssatz für unsere Refinanzierungsgeschäfte auf positivem Niveau beibehalten konnten, ohne dass ein Deflationsrisiko oder Inflationserwartungen zum Tragen gekommen wären.

Die in jüngster Zeit veröffentlichten Daten und Umfrageergebnisse bestätigen unsere Auffassung, dass die erwartete Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante mittlere Frist moderat bleiben wird. Gleichzeitig hält die positive Grunddynamik der konjunkturellen Erholung im Euroraum an. Dies impliziert ein auch im zweiten Halbjahr dieses Jahres anhaltendes Wachstum des realen BIP, was im Einklang mit den früheren Erwartungen steht.

Die weltweite Erholung wird sich den Erwartungen zufolge fortsetzen, und dies dürfte einen weiterhin positiven Einfluss auf die Nachfrage nach Exporten des Eurogebiets haben. Zudem dürfte die Inlandsnachfrage des privaten Sektors, gestützt durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs und die zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen, zum Wachstum beitragen.

Selbstgefälligkeit wäre allerdings nicht angebracht. Den europäischen Staats- und Regierungschefs ist bewusst, dass unser Wirtschaftsmodell deutlich gestärkt werden muss. Die von Präsident Van Rompuy vorgebrachten Vorschläge bedeuten eine Stärkung des bestehenden Handlungsrahmens für die haushaltspolitische und gesamtwirtschaftliche Überwachung. Ein Kernbereich ist die Überwachung der Haushaltspolitik, um übermäßige Defizite und nicht tragfähige Staatsschulden zu verhindern. Unserer Meinung nach brauchen wir im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit kürzere Fristen, damit die politischen Korrekturmaßnahmen rechtzeitig ergriffen werden. Die Verhängung von Sanktionen muss praktisch automatisch erfolgen und auf klar definierten Kriterien beruhen; zudem muss es weniger Ermessensspielräume in Bezug auf das Ergebnis geben. Außerdem

benötigen wir ehrgeizige Ziele bei der Rückführung des öffentlichen Schuldenstands im Hinblick auf die Obergrenze von 60 % des BIP.

Der zweite Kernbereich ist eine weitreichendere Überwachung der gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen im Euroraum. Wir brauchen ein neues System der gegenseitigen Überwachung im Eurogebiet, wobei der Schwerpunkt ganz klar auf jenen Euro-Ländern liegen muss, die anhaltende Wettbewerbsverluste sowie umfangreiche Leistungsbilanzdefizite aufweisen, da diese Länder im Hinblick auf die Tragfähigkeit ihrer öffentlichen Finanzen vor der größten Herausforderung stehen. Dieses System sollte auf transparenten wie auch effektiven Auslösemechanismen basieren und Sanktionen im Fall eines Regelverstoßes klar definieren. Auch bedarf es umfassender Transparenz. Die Beurteilungen makroökonomischer Ungleichgewichte sowie Empfehlungen zu Korrekturmaßnahmen sollten der Öffentlichkeit in allen Phasen des Überwachungsprozesses ausführlich kommuniziert werden.

Die Wirksamkeit der Verbesserung des Rahmenwerks für die wirtschaftspolitische Steuerung wird zum Teil durch die Qualität und Unabhängigkeit der ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen Analyse bestimmt werden. Ohne verlässliche statistische Daten können wir nicht sicher sein, dass das Rahmenwerk für die wirtschaftspolitische Steuerung den gewaltigen Fortschritt ermöglicht, der notwendig ist. Daher ist es äußerst wichtig, dass die Dienste der Kommission, die mit der Durchführung der makroökonomischen und haushaltspolitischen Überwachung des Eurogebiets betraut sind, ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit genießen und idealerweise von einem Gremium von „Weisen“ Unterstützung erhalten, das externe Einschätzungen zur Verfügung stellt.

## **Schlussfolgerungen**

Wie bei allen großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die ausnahmslos ihren vorherigen Überwachungsrahmen und ihr jeweiliges Wirtschaftsmodell einer kritischen Prüfung unterziehen müssen, sind auch beim Rahmenwerk des Eurogebiets Änderungen erforderlich. Änderungen hin zu mehr Kooperation, mehr Zusammenhalt durch ein gestärktes Rahmenwerk für die wirtschaftspolitische Steuerung. Kurz gesagt, mehr Einheit in Europa und eine verantwortungsvollere europäische Einheit. Wir müssen unseren Kurs halten.

Wir sind nun an einem Punkt angelangt, bei dem wir die Reformen umsetzen müssen, die wir in der dramatischsten Phase der Krise vorgesehen hatten. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Risiken am offensichtlichsten und unser Urteilsvermögen am schärfsten. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns angesichts des sich allmählich aufhellenden Umfelds wieder mit dem Status quo begnügen würden. Daher fordere ich alle beteiligten Parteien dazu auf, bei ihren Reformen den mutigen Kurs beizubehalten, den sie damals im Auge des Sturms einzuschlagen gedachten.

*Hans-Dietrich Genscher*

-----

## **Die europäische Einigung und die Einführung einer gemeinsamen Währung – historische Umstände und Ziele**

Ich freue mich ganz besonders, dass Sie, Herr Präsident Trichet an dieser Tagung teilnehmen. Sie sind ein außergewöhnlicher Präsident unserer Währungsunion, und ich will ihnen offen sagen, dass ich glücklich bin, Sie in diesen schweren Gewässern, in der sich die Welt befindet, an der Spitze unserer Europäischen Zentralbank zu wissen. Sie sind für mich eine vertrauensbildende Maßnahme für unsere Europäische Währungsunion.

## **Eine gesamteuropäische Friedensordnung**

Dass die europäische Einigung das Werk großer europäischer Persönlichkeiten war, die am Ende des Zweiten Weltkrieges gesagt haben, wir müssen die Zeit der europäischen Bruderkriege überwinden, ist heute feststehende Geschichtseinsicht. Aber gar nicht so klar sind Gründe und Motive für die Schaffung der europäischen Währungsunion.

Wenn ich die historischen Umstände und Ziele nennen soll, dann führt das zurück in die sechziger und siebziger Jahre. Die siebziger Jahre waren gekennzeichnet durch einen Zustand in unserer Europäischen Gemeinschaft, die man als Eurosclerose bezeichnete. Man hatte das Gefühl, etwas Großes erreicht zu haben, aber die Europäische Gemeinschaft verlor sich in Einzelfragen. Und es fehlte ihr der große, kraftvolle Impuls der Zeit davor.

Auf der anderen Seite entdeckte sich Europa selbst neu. 1967 hatte die Nato sich mit der Frage befasst, wie es weiter gehen soll im Ost-West Verhältnis. Unter Vorsitz des belgischen Außenministers Pierre Harmel wurde eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt. Der Harmel-Bericht sagte, es werde notwendig sein, dass wir uns durch Dialog und Zusammenarbeit bemühen, die Lage in Europa zum Besseren zu verändern. Man bezeichnete als Ziel dieser Politik die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Dazu sei es notwendig, das schwerste Problem, das es gäbe, zu lösen. Und das sei die Lage in Deutschland. Man identifizierte das politische Ziel der Nato mit der Notwendigkeit, die Einheit Deutschlands und Europas wieder herzustellen. Es war ein weitsichtiges Konzept.

## **Das Europäische Währungssystem (EWS)**

Dann kam der Zeitpunkt, an dem Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing zur gleichen Zeit an die Spitze ihrer Regierungen traten. Im Abstand von zwei Tagen wurde Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt und Giscard d'Estaing wurde Präsident. In dieser Zeit begann dann ein Nachdenken darüber, was in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Beziehung zu geschehen hat. Und beide waren dann auch die Ideengeber für das Europäische Währungssystem (EWS). Dieses EWS war ein bedeutender Impuls für den Prozess der europäischen Vereinigung. Aber dieses EWS musste natürlich auch eine Ergänzung finden in dem Ziel, den europäischen Markt voranzubringen. Die Bemühungen in Europa, weiter zu kommen, stagnierten noch immer. Ich habe dann im Jahr 1981 den Vorschlag gemacht, doch einen neuen Anlauf zu nehmen für eine Europäische Union, die die politischen, ökonomischen und währungspolitischen Aspekte der europäischen Zusammenarbeit voranbringen sollte. Es schloss sich der italienische Außenminister Colombo an, und wir haben dann eine gemeinsame Akte vorgelegt, die uns in dieser Richtung weiter bringen sollte. Im ersten Halbjahr 1983 wurde beim Europäischen Rat in Stuttgart, also unter deutschem Vorsitz, nunmehr ermöglicht, dass wir einen ersten Beschluss in dieser Richtung gefasst haben.

Wenn sie mich heute fragen, was die zentralen Argumente für die Schaffung dieser europäischen Währungsunion waren, so war es einmal das Ziel, die europäische Einigung voran zu bringen und die Konsequenzen zu ziehen aus dem in Aussicht genommenen gemeinsamen, europäischen Binnenmarkt. Das Wort „ein Markt, eine Währung“, hatte Gewicht. Es ging aber gleichzeitig auch darum, nicht im europäischen Einigungsprozess zu erschlaffen, angesichts der Tatsache, dass die West-Ost-Annäherung durch eine grundsätzliche Veränderung des Klimas in Europa immer deutlicher erkennbar war.

## **Die Schlussakte von Helsinki**

Wir dürfen nicht vergessen, dass im Jahr 1975 mit der Schlussakte von Helsinki eine Konsequenz gezogen wurde aus dem, was die Nato mit der gesamteuropäischen Friedensordnung gesagt hatte. Und diese europäische Entscheidung von 1975 begann nun schrittweise, die Lage in Europa zu verändern. Die westliche Politik hatte erkannt, dass nur durch eine Veränderung der Umstände auch eine Veränderung im Ost-West Verhältnis möglich sein würde. Diese europäische Schlussakte von Helsinki war ursprünglich eine sowjetische Initiative gewesen. Die Sowjetunion wollte eine gesamteuropäische Ordnung haben, die ihr ihren Besitzstand in Europa bestätigte. Nichts sollte mehr verändert werden können. Sie hatte nämlich erkannt, dass im Wettbewerb der Systeme auf europäischem Boden sich das westliche System als das attraktivere erwiesen hatte. Ähnliches hatten wir schon 1961 in Deutschland erlebt, als der Bau der Mauer auch eine resignative Maßnahme der DDR war, weil sie erkannt hatte, dass ihr die Menschen davonliefen. Das heißt, wir erlebten zwei Besitzstandsbemühungen, einmal der DDR, einmal der Sowjetunion und ihrer Partner, den erreichten Besitzstand zu erhalten, aber den Wettbewerb der Systeme nicht loszulassen. Die aus der Schlussakte von Helsinki sich ergebenden Entwicklungen, die Tatsache, dass in Moskau ein Mann wie Gorbatschow die Verantwortung übernehmen konnte, diese Tatsache führte dazu, dass der Prozess der Ost-West Annäherung eine neue Dynamik bekam.

### **Die Währungsunion und die Europäische Zentralbank**

Es gibt also eine historische, von den Rahmenbedingungen in Europa geprägte Entwicklung in jenen Jahren. Und es gibt gleichzeitig auch die Erkenntnis, dass man sagte: „Ein Markt verlangt auch eine Währung.“ Diese beiden Argumente liefen zusammen. Ich habe dann 1987 in einer Rede vor den Botschaftern der Europäischen Gemeinschaft die Notwendigkeit einer Währungsunion entwickelt und gleichzeitig gesagt, das bedinge auch, dass wir eine europäische Zentralbank schaffen. Diese Idee konnte eigentlich nur aus Deutschland kommen, weil wir das Land waren, das als einziges in der damaligen europäischen Gemeinschaft eine föderativ aufgebaute Zentralbank hatte. Es zeigte sich, dass eine solche föderativ aufgebaute Bank in der Lage ist, gemeinsame Interessen zu definieren und eine unabhängige Währungspolitik durchzusetzen. Das war eine wichtige Voraussetzung, um Unterstützung für die Idee eines europäischen Zentralbanksystems zu erhalten. Das war 1987. Die Entwicklung war zögerlich, und ich habe dann am 26. Februar 1988 ein Memorandum veröffentlicht, um einen neuen Impuls zu geben. Und vom 26. Februar 1988 bis zum Juni 1988 nahm die Entwicklung eine solche Dynamik und Dramatik an, dass bereits im Juni 1988 unter Vorsitz des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl beim Europäischen Rat in Hannover die Einsetzung der sogenannten Delors-Kommission beschlossen wurde.

Jaques Delors, damals Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, rief mich an und sagte: „Ich habe nur eine kurze Frage. Kriegen wir ein 13. Mitglied?“ Die EG hatte damals 12 Mitglieder. Da habe ich gesagt: „Wir kriegen kein 13. Mitglied, aber eins von den 12 wird größer werden.“ Und daraufhin sagte er: „Ich habe verstanden.“ Die Kommission unter seinem Vorsitz hat damals eine Arbeit geleistet, die vorbildlich war.

Diese Dynamik jener Zeit hat natürlich dann auch die deutsche Frage mit in die Betrachtung gebracht. Innerhalb der Bundesregierung gab es nach meinem Memorandum Probleme. Der damalige Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat im Gegensatz zu seinem Nachfolger Theo Waigel erheblich Bedenken gegen die Europäische Währungsunion geäußert. Der Bundeskanzler entschied sich dann aber für die Linie der Schaffung einer Europäischen Währungsunion, aber es war innerhalb der Regierung keine einfache Sache. Auch die Bundesbank äußerte Bedenken. Deshalb war es wichtig, dass in dieser Delors-Kommission die Zentralbankpräsidenten der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft versammelt

sind und dazu ein weiteres Mitglied der Europäischen Union und drei Wissenschaftler. Das war die Delors-Kommission, die dann die Vorbereitungsarbeiten übernahm.

### **Ein europäisches Deutschland**

Hat nun Deutschland die Zustimmung Frankreichs bekommen für diesen Vorschlag aus dem Jahr 1988? Wohl nicht. Es gab ein anderes Problem, das 1989 eine Rolle spielte. Die Delors-Kommission war zu dem Ergebnis gekommen, dass bei der Dezembertagung des Europäischen Rates 1990 in Rom eine Regierungskonferenz eingesetzt werden wird für die Europäische Union und für die Europäische Währungsunion. Und da alles Gute in Europa immer aus Frankreich kommen wird, war der Präsident Mitterand der Überzeugung, es müsse im Europäischen Rat in Strasbourg Ende 1989 eine Entscheidung fallen, die zeigt, wohin die Reise geht. Und als ich am 29. November 1989 nach Paris kam, war das eine Vieretappenreise. Die erste hatte mich nach Amerika geführt, wo ich fragte: „Wie hält es Amerika mit der deutschen Vereinigung?“ Die Antwort war klar, das werde ich der Regierung Bush sen. und meinem damaligen Außenministerkollegen Baker niemals vergessen. Deshalb verlief auch meine zweite Station in London relativ harmlos. Wir alle kannten die Haltung von Margret Thatcher, dass sie sich niemals in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten setzen würde. Wir waren uns beide einig, die Amerikaner wollen es und dann wird es kommen. Dann komme ich zu Mitterand. Und ich sage: „Wie stehen Sie zur deutschen Vereinigung?“ Da sagt Mitterand: „Frankreich steht wie immer auch in dieser Frage an der Seite Deutschlands. Die deutsche Vereinigung ist eine historische Notwendigkeit und ich möchte Sie, Herr Außenminister, fragen, was wird das vereinte Deutschland tun? Wird das vereinte Deutschland den europäischen Weg der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen oder wird das vereinte Deutschland die alten Wege neu beschreiten?“ Das heißt, die alten Wege aus der Mitte heraus Europa bestimmen zu wollen. Ich habe ihm gesagt: „Herr Präsident, für uns gilt das, was Thomas Mann in seiner großen Rede an die deutsche Jugend 1947 gesagt hat: Was wir wollen, ist ein europäisches Deutschland aber nicht ein deutsches Europa.“ Das war die Absage an alle Vorherrschaftsansprüche. Nein, die Initiative für die Schaffung der europäischen Währungsunion war tatsächlich der historische Bezug in Europa, dass die Einigung innerhalb der Europäischen Union der gesamteuropäischen Einigung vorangehen müsste. Weil wir der Meinung waren, nur eine dynamische Europäische Union wird die notwendige Anziehungskraft haben, aus einer Überwindung des Ost-West Gegensatzes ein gemeinsames Europa hervorgehen zu lassen. Das war das historische Motiv und dazu kam natürlich die Betrachtung, welche Auswirkungen es haben wird, wenn wir innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einen gemeinsamen Binnenmarkt haben, aber wenn wir weiter einzelne Währungspolitiken haben?

Ich bin heute noch unverändert der Meinung, dass die Schaffung der Europäischen Währungsunion nicht nur ein wichtiges Element war für die Herbeiführung der inneren Vereinigung unseres Europas. Dass wir sie brauchen mehr denn je. Dass sie im besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt, weil sie uns einen gemeinsamen Binnenmarkt auch ohne währungspolitische Störungen beschert hat, wie es ein Exportland wie Deutschland sich nicht besser wünschen kann. Einen solchen Markt, mit 500 Millionen Verbrauchern zu haben, der kaufkräftigste Markt in der Welt, ist für uns in unserer Position von elementarer Bedeutung. Das heißt nicht, dass bei der Einhaltung der Bestimmungen, über die wir uns bei der Einführung der Währungsunion verständigt haben, durchaus Mängel festzustellen sind. Nur ich warne davor, hier mit dem Finger nur auf andere zu zeigen. Ich halte unverändert die Einführung der Europäischen Währungsunion für einen richtigen Schritt, wir würden heute schwieriger dastehen. Für viele Länder war in Europa ein Gefühl

entstanden, dass sie keine eigene Währungspolitik mehr haben. Dem föderalistischen Gedanken entsprechend war es deshalb richtig, eine Europäische Zentralbank zu schaffen, in der die anderen Mitgliedsstaaten ein Wort mitzureden haben. Für uns war Voraussetzung, dass diese Europäische Zentralbank dieselbe Unabhängigkeit genießt, wie sie unsere Bundesbank von Anfang an gehabt hat.

### **Eine gerechtere Weltordnung**

Heute stehen wir in einer gänzlich neuen Phase der internationalen Politik. Wir nennen das Globalisierung. Ereignisse, die irgendwo auf dieser Welt geschehen, haben überall in der Welt einen Einfluss und je stärker ein Kraftfeld ist, umso größer sind diese Einflüsse. Die guten ebenso wie die schlechten. Und deshalb ist es wichtig, dass wir in der Schaffung dieser neuen Weltordnung eine Aufstellung nehmen können auch im währungspolitischen Bereich, der das ganze Gewicht der Europäischen Union zur Geltung bringt. Und deshalb glaube ich, dass wir heute besser gewappnet sind, mit der Europäischen Währungsunion unser Wort im Konzert der Mächte dieser Welt zu erheben. Wir müssen als Europäer erkennen, dass diese neue Weltordnung keine mehr von der nördlichen Halbkugel beeinflusst sein wird, sondern kooperativ gestaltet wird. Der amerikanische Präsident Bill Clinton hat sich mit großer Sorge vor etwa sechs Jahren an die amerikanische Nation gewandt und gesagt: „Wir, die Amerikaner, sind heute die in jeder Hinsicht stärkste Nation dieser Welt.“ Und dann fügte er hinzu. „Wir sollten diese Stärke nutzen, um eine Weltordnung zu schaffen, die überall in der Welt als gerecht empfunden werden kann und in der wir als Amerikaner uns noch wohlfühlen können, wenn wir nicht mehr die stärkste Nation in der Welt sind.“ Der Tag könnte näher sein, als man sich das vor zehn Jahren vorgestellt hat. Und das, was Bill Clinton gesagt hat über diese Verantwortung Amerikas, gilt genauso für unsere Europäische Union. Ich denke, dass die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sich auch in der Einsicht einer Verantwortung definieren muss für eine neue Weltordnung, die als gerecht empfunden werden soll. Europa kann dabei einen wesentlichen Beitrag leisten wie keine andere Region dieser Welt. Denn Europa hat gezeigt, dass man aus der Geschichte lernen kann. Man kann historische Gegensätze überwinden, man kann die Chancen einer gemeinsamen Zukunft erkennen und gemeinsam auch nutzen, und das ist das, was wir für eine neue Weltordnung brauchen.

Diese neue Weltordnung ist eine Weltnachbarschaftsordnung. Es gibt keine entfernten Gebiete mehr. Jeder ist im übertragenen Sinne jedes anderen Nachbar. Eine Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika wirkt sich auch in Tutzing aus und für andere Dinge gilt das genauso, deshalb kann ich nur sagen, Europa muss seinen Weg weiter mit Verantwortung beschreiten und Europa muss erkennen, wenn es Probleme innerhalb unserer Währungsunion gibt, dann sind sie definierend zu überwinden. Aber eine Abkehr davon wäre ein Rückfall in alte, längst überwundene Zeiten.



**Martin Schulz**, MdEP (SPD), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

### **„Souveränität der EU-Staaten überdenken“**

Die Mitgliedsländer der europäischen Union sollten nach Meinung von Martin Schulz Teile ihrer Souveränität an die EU abgeben. Dies sei in solchen Bereichen „vernunftorientiert“, wo die Nationalstaaten an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stießen. Als Beispiele für solche Bereiche nannte er globale Themen wie die Handels-, Friedens- oder Umweltpolitik.

Vor allem der Klimawandel sei nicht im nationalen Rahmen zu lösen. „Entweder schaffen wir supranationale Institutionen, um solche Jahrhundertaufgaben zu bewältigen, oder wir werden irrelevant in der globalisierten Welt“ betonte der SPD-Politiker. Die EU wolle aber die Nationalstaaten nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Schulz hofft für die Zukunft dabei auf eine europäische Regierung unter parlamentarischer Kontrolle.

Der beste Weg zur Versöhnung sei zudem die Internationalisierung mit Kooperationen und gegenseitiger Kontrolle. Das Konzept der Nationalstaaten habe seine Berechtigung im 19. Jahrhundert erlebt; im 20. Jahrhundert habe es gezeigt, wohin das Modell führen könne, wenn es in falsche Hände gerät. Zwei Weltkriege seien das Ergebnis gewesen, so Schulz.

**Klaus Regling**, Chef des Euro-Rettungsschirmes (EFSF)

### **„Der Euro scheitert nicht.“**

Trotz der sich verschärfenden Finanzkrise in der Eurozone rechnet der Chef des Euro-Rettungsschirmes, Klaus Regling, nicht mit einem Auseinanderbrechen des Währungsraumes. Die Gefahr liege bei Null.

„Dass der Euro scheitert, ist unvorstellbar“, sagte er in Tutzing, schliesslich werde „kein Land freiwillig den Euro abgeben“. Für schwächere Länder wäre das wirtschaftlich Selbstmord, ähnlich für die stärkeren Länder. „Und politisch wäre Europa ohne Euro nur die Hälfte wert“, sagte Regling.

Die aktuelle Lage in Irland bezeichnete der Chef des Euro-Rettungsschirms jedoch als ernst. Es gebe einen Käuferstreik. „Wir erleben nicht wilde Spekulation sondern Käuferstreik“, bekundete er und zeigte sich besorgt, dass die Krise sich auf andere Euro-Staaten ausweiten könnte.

### **Deutschland verdient an der Euro-Hilfe**

Als „falsch“ bezeichnete Regling hingegen die Einschätzung, Deutschland sei der Zahlmeister der Euro-Krise. „Niemand nimmt dem deutschen Steuerzahler etwas weg“, betonte der gebürtige Lübecker. Vielmehr werde Deutschland mit seiner Bürgschaft von maximal 120 Milliarden Euro für den Rettungsschirm wahrscheinlich sogar Gewinn machen. Allein bei Griechenland schätzt Regling die Berlin zustehende Zinsgebühr auf bis zu 600 Millionen Euro pro Jahr.

**Peter Gauweiler**, MdB (CSU), Staatsminister a.D.

### **„Gespensterkredite“**

Der Europa-Kritiker Peter Gauweiler hielt fest, dass das deutsche Grundgesetz gegen die EU verteidigt werden müsse. Er forderte unter anderem mehr Volksentscheide bei EU-Fragen. „Im Grundgesetz ist es klar geregelt: Souverän ist das Volk“, bemerkte Gauweiler.

2008 hatte der CSU-Politiker Verfassungsklage gegen den Vertrag von Lissabon eingereicht mit der Begründung, dieser verstoße gegen das Grundgesetz, und errang dabei einen Teilerfolg. Das Bundesverfassungsgericht stimmte in seinem Beschluss von 2009 dem EU-Vertragswerk zwar zu, forderte aber gleichzeitig mehr Mitbestimmungsrechte für Bundesrat und Bundestag.

In der Finanzpolitik befürchtet Gauweiler einen europäischen Länderfinanzausgleich, ähnlich dem deutschen Modell. Auch kritisierte er die Handhabung der EU mit Schulden ihrer Mitgliedsländer: „Es kann nicht sein, dass die Schulden von Gespensterkrediten vom Steuerzahler bezahlt werden müssen und nicht von Banken, die den Schlamassel verursacht haben.“ Eine solche Vorgehensweise mache Europa kaputt.